Ressort: Finanzen

Arbeitgeber warnen vor Jobverlusten im öffentlichen Dienst

Berlin, 26.02.2018, 07:58 Uhr

GDN - Die Arbeitgeber warnen zum Auftakt der am heutigen Montag beginnenden Tarifverhandlungen für die 2,3 Millionen Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen vor Stellenverlusten im öffentlichen Dienst. "Ein Beschäftigter, dessen Tätigkeit ausgegliedert oder privatisiert wird, hat nichts von einem Elf-Prozent-Lohnplus. Wir möchten aber alle Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst halten", sagte Thomas Böhle, Präsident der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Montagsausgabe).

Böhle erläuterte, dass das von den Gewerkschaften verlangte Plus von mindestens 200 Euro im Monat in einer niedrigen Entgeltgruppe ein wesentlich höheres Plus als die ansonsten geforderten sechs Prozent bedeute. "In der Spitze läge das Lohnplus bei über elf Prozent. Der Mindestbetrag verteuert vor allem die Entgeltgruppen, bei denen der öffentliche Dienst schon jetzt kaum noch wettbewerbsfähig ist." Als Beispiele für Entgeltgruppen mit hohem Kosten- und Wettbewerbsdruck nannte Böhle die Servicebereiche in Krankenhäusern, Hilfs- und Betreuungskräfte in Pflegeeinrichtungen, die Bodenverkehrsdienste an Flughäfen sowie die Entsorgungswirtschaft und den Nahverkehr. In diesen Bereichen liegen die Tariflöhne des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst nach Angaben des VKA-Präsidenten schon jetzt in der Regel über den Gehältern der privaten Konkurrenten. "Wenn hier weiter überproportional draufgesattelt wird, wird sich die Situation noch verschärfen", warnte Böhle. Der Verhandlungsführer kündigte "zügige und konstruktive Verhandlungen" an. Er beklagte zugleich, die Forderungen der Gewerkschaften erschwerten das leider. "Die Steuereinnahmen der Kommunen steigen zwar - erwartet wird 2018 ein Plus von 4,1 Milliarden Euro. Die Forderungen der Gewerkschaften haben aber allein für dieses Jahr ein Volumen von 6,5 Milliarden Euro."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-102628/arbeitgeber-warnen-vor-jobverlusten-im-oeffentlichen-dienst.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com